



ES GIBT IM LEBEN GENUG,
DAS NICHT PASST.

derStandard.at/Karriere


VP-Familienbund will Kinderwahlrecht

R E D A K T I O N

20. Februar 2004, 14:34



Opposition spielt da nicht mit - SPÖ und Grüne stimmen aber für eine Absenkung des Wahlalters

Wien - Der ÖVP-nahe Familienbund hat am Donnerstag seine Forderung nach einem Kinderwahlrecht bekräftigt. Wegen der demographischen Entwicklung werde der Einfluss der Familien auf politische Entscheidungen ohnehin zurückgehen, so der Präsident des Familienbundes und oberösterreichische ÖVP-Landtagsabgeordnete Otto Gumpinger in einer Pressekonferenz in Wien. Die Pensionen der immer mehr werdenden Älteren müssten aber genau von den Jüngeren und den Familien bezahlt werden, warnte er vor einem Generationenkonflikt.

Die Zukunft der Familien könnte jedenfalls nur dann verbessert werden, "wenn wir den Familien die Chance geben, auf politische Entscheidungen stärker Einfluss zu nehmen". Der Verfassungsexperte Karl Lengheimer habe für den Österreichischen Familienbund eine Broschüre zum Thema "Wie allgemein ist das Wahlrecht?" erstellt. Lengheimer fordert darin eine Debatte über das Kinder- bzw. Familienwahlrecht ein. Eines ist für den niederösterreichischen Landtagsdirektor dabei klar: Einerseits "Wahlrecht ab 16" zu fordern und andererseits jedwede Diskussion über ein Kinderstimmrecht zu verweigern, lasse "jenes notwendige Maß an demokratischer Diskussionskultur vermissen, welche eine gute Weiterentwicklung unseres demokratischen Systems voraussetzt".

Ein Nein zur Forderung des Familienbundes kam umgehend vom Jugendvorsitzenden der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG), Mario Lindner. "Das Wahlrecht ist unteilbar. Folglich ist auch nichts davon zu halten, dass Eltern für ihre Kinder zur Urne gehen sollen", betonte er in einer Aussendung. Stattdessen fordert Lindner eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre - "und zwar auf Gemeinde-, Landes-, und Bundesebene sowie bei Europawahlen."

Grüne und Bundesjugendvertretung sagen Nein

Ein Nein zur Forderung des ÖVP-nahen Familienbundes nach einem Kinderwahlrecht ist am Donnerstag von den Grünen und der Bundesjugendvertretung gekommen. "Der ÖVP-Familienbund stellt mit der Forderung, Eltern bei Wahlen höhergewichtete Stimmrechte einzuräumen als anderen WählerInnen das Prinzip des gleichen Stimmrechts und damit Grundprinzipien der Demokratie in Frage," kritisierte die Grüne Familiensprecherin Sabine Mandak, Familiensprecherin der Grünen. Sie fordert stattdessen ein Wahlrecht ab 16 Jahren.

Wer wolle, dass Jugendliche verstärkt in Entscheidungen eingebunden werden, müsse für diese Absenkung des Wahlalters eintreten, so die Abgeordnete. Für Mandak wäre ein von den Eltern ausgeübtes Kinderwahlrecht nicht hinzunehmen, weil es ein "Abgehen vom persönlichen Wahlrecht, das der Geheimhaltung unterliegt", bedeuten würde.

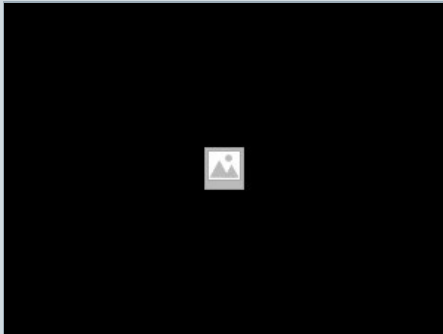


foto: reuters/miller

Der ÖVP-nahe Familienbund will Kinderwahlrecht haben.

Auch Clemens Pichler, Vorsitzender der Bundesjugendvertretung (BJV), forderte eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Hinter dem vom Familienbund geforderten Kinderwahlrecht versteckte sich eine "Mogelpackung": "Es ist falsch, von einem Kinderstimmrecht zu sprechen, wenn Erwachsene das Wahlrecht für Kinder ausüben. Erwachsene sind keine Kinder mehr und können deshalb auch nicht für Kinder sprechen", so Pichler. Außerdem stelle sich die Frage, wer denn garantiere, "dass Eltern zuerst ihre Kinder um deren Meinung fragen und diese dann auch ernstnehmen?"

SPÖ für Senkung des Wahlalters

"Absurd" ist für SPÖ-Kinder- und Jugendsprecherin Gabriele Heinisch-Hosek die Forderung des ÖVP-Familienbundes nach einem "Kinderwahlrecht". "Wenn Eltern stellvertretend für ihre Kinder wählen dürfen, stärkt das in keinem Fall die Rechte der Kinder, sondern bedeutet eine Bevormundung durch die Eltern", so die Abgeordnete. "Der einzig richtige Weg sei, das Wahlalter im Sinne einer tatsächlich eigenständigen Mitbestimmung von Jugendlichen auf 16 Jahre für alle Ebenen zu senken.

"Eltern für ihre Kinder stimmen lassen - nein", meint auch die Wiener Kinder und Jugendanwaltschaft. Das Wahlrecht sei in allen demokratischen Staaten weder veräußerlich, abtretbar noch zur Ausübung übertragbar. Wichtig wären vielmehr die Herabsetzung des Wahlalters bundesweit auf 16 sowie die Implementierung der Kinderrechte in die Verfassung. (APA)



Feedback

[derStandard.at/Inland auf Facebook](#)

[Inland Newsletter abonnieren](#)

S I T E L I N K



Autokauf steht an?

Mit AUTOGOTT.AT kommen Sie ohne mühsames Preisverhandeln zu Ihrem Traumauto und sparen bis zu 40% auf viele Marken und Modelle. Fragen Sie kostenlos und unverbindlich an.

BEZAHLTE ANZEIGE

Ihr Kommentar...

1. Seite

1 bis 25

Alle Postings (56)

neueste

Elisabeth Jarok

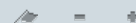
20. Februar 2004, 11:02:17

umverteilung

vielleicht könnten ja die katholischen priester, die sich beharrlich weigern nachwuchs zu zeugen (meistens zumindest), ihre stimmen an familienväter ab fünf kindern abtreten?

wäre das nicht im sinne von kinderfreundlichem familienbund und katholischer nächstenliebe?

antworten



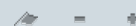
Gaga Lulu

19. Februar 2004, 23:51:09

Hadda Wada BLblb GLL....

Babba Blgblb ...
papaba mama opa dafp
wlgblbrr gblmpf

antworten



duke box

20. Februar 2004, 10:36:44

ganz klar eine Stimme für die FPÖ

antworten



Ironheart

19. Februar 2004, 23:15:11

Es wird ja immer schlimmer...(1)

...sicherlich liegt es im Interesse des Familienbundes für ein "Quasi-Kinderwahlrecht" (wobei ja die Eltern, sprich der/die FamilienernährerIn dieses Recht ausüben soll) einzutreten, der Bund der Rattenliebhaber würde wahrscheinlich auch ein Wahlrecht für ihre haarigen Lieblinge fordern. Doch halte ich auch eine allgemeine Senkung des Wahlalters (z.B. auf 16) für brisant, insbesondere da ich in vielen Diskussionen die Möglichkeit hatte, mich vom politischen Wissen bzw. (allgemeiner formuliert) politischen Interesse der "Generation 18-24" zu überzeugen.

Viel besser wäre hier doch eher ein schriftlicher Test vor Betreten der Wahlzelle verpflichtend für ALLE Wahlberechtigten...

antworten



▶ **Chien de Pique** 264

20. Februar 2004, 10:43:20

Tja, aber mit der politischen Reife

und der demokratischen Kompetenz der Generation 70+ ist es oft auch nicht gerade weit her.

antworten



▶ **a9d8b443-bff4-4151-aacd-717e20810543**

20. Februar 2004, 10:35:02

Es geht darum das Familien die das meiste für den Staat leisten

auch mehr Mitspracherecht haben.

Schauen Sie sich die Steuerleistung an eines DINKS und Von Eltern mit 3 Kindern und ziehen sie die kinderfeindlichste Art der Steuer die indirekte Steuer (Mwst) in Ihre Gedanken ein.

Eltern dürfen (eigentlich müssen sie sogar per Gesetz) Ihre Kinder versorgen und müssen bei jedem Euro dafür mind. 10% Mwst wenn nicht 20% zahlen.

Wenn man schon auf diese Art die politische Kraft der Familien nicht stärken will, dann wäre es gut zumindest die für die Kinderziehung notwendigen Gelder mit einer Art Vorsteuerabzugsmöglichkeit zu unterstützen.

antworten



▶▶ **Peter Hammer**

20. Februar 2004, 11:18:46

Nur, was hat dies alles mit dem

...fälschlich hier "KINDERWAHLRECHT" genannten Vorschlag zu tun?

antworten



Ironheart

19. Februar 2004, 23:15:09

...immer schlimmer (2)

...nach folgendem Muster:

1. Zählen Sie die verschiedenen Parteien auf u. beschreiben Sie kurz deren politisches Programm. (1500 Wörter)
2. Erläutern Sie in einem kurzen Aufsatz Ihre Einstellung zum allgemeinen Wahlrecht. (1000 Wörter)
3. Erläutern Sie, aus welchen Gründen Sie eine bestimmte Partei favorisieren. (1000 Wörter)

Bei "Nichtbestehen" gibts einfach keinen Wahlzettel! Jedenfalls würde dieses Modell in Zukunft sämtliche Krone-Leserbriefe ala "Ich hab den Grasser gewählt, weil der is ja sooo fesch" bzw. "I bin für den Gusi, weil der schaut so vertrauenswürdig aus" ins publizistische Nirwana verbannen... ;p

MFG, Iron

antworten



▶ **duke box** 12

20. Februar 2004, 10:58:22

"I bin für den Gusi, weil der schaut so vertrauenswürdig aus"

das haben sie doch erfunden, das hat sicher niemand behauptet!

antworten

▶ **Chien de Pique** 264

20. Februar 2004, 10:46:11

Diese schriftliche Demokratiereifeprüfung

ist aber auch eine alte Forderung von mir. Schon erstaunlich, dass man ohne entsprechende Befähigungsnachweise kein Fahrzeug lenken, keinen Saftladen eröffnen darf, aber für den angeblichen Souverän, der Wohl und Wehe der Republik bestimmt, ein Altersnachweis als Qualifikation ausreicht.

antworten

▶ **buff flyer** 3

20. Februar 2004, 08:05:33

der zugang ist methodisch falsch

kennens das radio-wien-experiment aus den 30er-jahren?

da wurde nachgewiesen, das grosse gruppen in toto sachverhalte richtig erkennen, auch wenn jede einzelne wahrnehmung für sich daneben ist.

in diesem fall: ihr beispiel mit dem feschen grasser wird durch einen gegenfall, dem die frau glawischnig gefällt und einen dritten blindgänger, der das "k" bei der kpö für "katholisch" hält usw usf ausgeglichen.

es geht weniger um motive, als um effekte.

antworten

▶ **Lorenzo Da Ponte**

20. Februar 2004, 00:54:34

Würde aber heissen,

dass niemand mehr wählen geht, weil man eine woche urlaub nehmen müsste bis die stimme abgegeben werden kann.

Mag ironisch gemeint sein, ist aber absolute schei**e.

antworten

▶▶ **Ironheart**

20. Februar 2004, 08:57:55

Im Gegenteil!

...Dann müssten sich sämtliche Wahlberechtigte mal wirklich mit der Politik auseinandersetzen (sofern dazu überhaupt intellektuell in der Lage). Das Wahlrecht (für das unsere Vorfahren kämpften u. starben) impliziert die PFLICHT, sich persönlich zu informieren u. am politischen Leben zu partizipieren!

Die aktuelle Situation zeigt aber ein anderes Bild: die Wahlbeteiligung sinkt von Jahr zu Jahr beständig.

Eine Absenkung des Wahlalters / Kinderwahlrecht ist nur der peinliche Versuch nach noch "brachliegenden" Wählerstimmen zu fischen u. noch dazu in einer eher leicht zu manipulierenden Bevölkerungsschicht.

antworten

▶▶▶ **buff flyer** 3

20. Februar 2004, 09:39:39

das liegt aber nicht nur an der dumpfheit der wahlberechtigten

sondern auch an der dumpfheit des angebotes.

ich für meinen teil treff schon länger die wahlentscheidung durch negativatelese, dh ich streich einmal gedanklich die parteien je nach minderwertigkeit weg, bis nurnmehr eine bleibt - eben die am wenigsten schlechte.

antworten

Andi Reuableck

19. Februar 2004, 21:39:07

Wahlrecht für Tote und Haustiere

Mein Großvater ist zwar schon tot aber durch Inanspruchnahme einer Grabparzelle hat er noch teilweise Anteil am Gesellschaftlichen Leben in Österreich und meine Katze will ein anständiges Tierschutzgesetz daher ist sie ebenfalls politisch aktiv. Ich fordere darher ein Wahlrecht für Verstorbene und Haustiere.

antworten

▶ **Ich war's nicht!**

20. Februar 2004, 11:05:49

Und meine Mutter hat zwei Katzen, deren Futter ICH finanziere, Alimente sozusagen. Dafür verwüsten sie systematisch ihre Wohnung. Wer darf in diesem Fall wählen???

antworten



▶ **Lorenzo Da Ponte**

20. Februar 2004, 00:55:09

Das glaub ich ihrer katze nicht.

antworten



I. O.

19. Februar 2004, 21:08:33

Parteilose

Kinderdelegierte (ab 12 Jahren) ins Parlament und in dieverse Gremien, Wahlrecht ab 16!

Was die ÖVP will eine lächerliche , Verfassung und Demmokratie mißachtende Hintertürl zum mehr Wählerzahl für ÖVP erreichen... durch die Eltern, und Kinder mit sanfte "Überzeugung"weil die meiste Schuleinrichtung ja ÖVP-nahe!

antworten



▶ **leser leser**

19. Februar 2004, 22:34:39

... "mehr wählerzahl"...

...aber das will doch die opposition auch, um gottes willen, mit dem ausländerwahlrecht.

was kann also am "mehr wählerzahl wollen" so falsch sein, liebe I.O?

antworten



▶▶ **Peter Hammer**

20. Februar 2004, 07:43:44

Der UNTERSCHIED zwischen...

..Wahlen auf KOMMUNALER und/oder NATIONALER EBENE dürfte noch nicht bis zu Ihnen durchgedrungen sein.Haben Sie's ihn ÜBER ÜBERLESEN ? Den Unterschied zwischen hier lebenden MÜNDIGEN AUSLÄNDERN und UNMÜNDIGEN KINDERN (10 Rosenkranzstimmen für die FPÖ !!) will ich hier nur am Rand erwähnen.

antworten



leser leser

19. Februar 2004, 20:54:22

ich verstehe nicht ganz, wieso gewissen herr- /damenschaften....

...sich gegen das (wg. demographischer entwicklung notwendigen) KINDERwahlrecht aussprechen, wohingegen sie das wahlrecht für AUSLÄNDER so vehement einfordern bzw. als allernotwendigst erachten.

aber vielleicht kann man uns das erklären?

antworten



▶ **MarioV**

20. Februar 2004, 12:45:04

Sobald jemand die Forderung erhebt das der Ausländer nicht selbst wählen soll sondern jemand Anderer z.B. sein Vermieter oder Arbeitgeber für ihn wählen soll wirst Du die selbe Kritik hören.

antworten



▶ **Childerich von Bartenbruch** 22

20. Februar 2004, 04:32:26

hallo, aufwachen, guten morgen!

das, was sie da befürworten, ist ein elternwahlrecht, kein kinderwahlrecht. wäre ich ein andreas khol, würde ich sagen, sie sind "semantisch nicht qualifiziert".

aber ich bin nicht andreas khol, hab' ein bisserl ahnung von semantik und sage einfach, sie sind ein verlogener wortverdrehler!

antworten



▶ **byron sully** 134

20. Februar 2004, 01:27:34

es wird zwar "kinderwahlrecht" genannt,
aber es ist keines. darin liegt der haken. es ist ein von der anzahl der
kinder pro familie abhängiges zensuswahlrecht...

antworten



▶ **pipi pipifax** 10

19. Februar 2004, 21:57:13

armes hascherl. vielleicht lesen sie noch einmal den letzten absatz des
artikels. vielleicht verstehen sie dann etwas besser.

antworten



Weitere 25 von 56 Postings ...

Die Kommentare von Usern und Userinnen geben nicht notw endiger eise die Meinung der Redaktion
wieder. Die Redaktion behält sich vor, Kommentare, w elche straf- oder zivilrechtliche Normen verletzen,
den guten Sitten w idersprechen oder sonst dem Ansehen des Mediums zu w iderlaufen (**siehe**
ausführliche Forenregeln), zu entfernen. Der/Die Benutzer/in kann diesfalls keine Ansprüche stellen.
Weiters behält sich die STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. vor, Schadenersatzansprüche geltend
zu machen und strafrechtlich relevante Tatbestände zur Anzeige zu bringen.

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2015

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

[Impressum & Offenlegung](#)
[Datenschutzrichtlinie](#)
[AGB](#)

[derStandard.at](#) · [dieStandard.at](#) · [d&Standard.at](#) · [FINDEN.at](#) · [AUTOGOTT.AT](#) · [HAUSBrot.at](#)